



FREIE BAUERN Deutschland, Von-Wuthenau-Platz 3 06188 Landsberg OT Hohenthurm

Herr Bundeskanzler Friedrich Merz
Herr Bundesminister für Ernährung und
Landwirtschaft Alois Rainer
Frau Bundesministerin für Wirtschaft und Energie
Katherina Reiche
c/o Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

FREIE BAUERN Deutschland
Bundesprecher: Alfons Josef Wolff
Vertretungsberechtigte Geschäftsführer:
Alfons Wolff, Marco Hintze
Von-Wuthenau-Platz 3
06188 Landsberg OT Hohenthurm
Telefon: 034602-51210
www.freiebauern.de
kontakt@freiebauern.de

17. Juli 2025

Anliegen der FREIEN BAUERN zur aktuellen Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik

Sehr geehrter Herr Merz, Herr Rainer, sehr geehrte Frau Reiche,

in meiner Funktion als Bundessprecher der FREIEN BAUERN, der einzigen Interessenvertretung und berufsständischen Vereinigung für die Belange bäuerlicher Familienbetriebe, möchte ich gerne mit Ihnen in einen konstruktiven Austausch treten. Einleitend würde ich Sie gerne auf Folgendes hinweisen:

Die Landwirtschaft wird zunehmend ins gesellschaftliche Abseits und in den wirtschaftlichen Ruin gedrängt. Das hängt unter anderem damit zusammen, dass man uns nicht mehr glaubt, wenn wir über wirtschaftliche Schwierigkeiten berichten. Die Bevölkerung lässt sich leider blenden von großen Zahlen, mit denen über Subventionen berichtet wird, ohne dass man darüber aufklärt, wie es dazu gekommen ist, welche Zusammenhänge man kennen muss und was das Ganze für die einzelnen Bauern wirklich bedeutet. Mit der Floskel „die jammern ja immer“ wird vieles abgetan. Fakt ist aber: Seit Jahren geben immer mehr Betriebe auf, weil sie ihre Unternehmen nicht mehr wirtschaftlich betreiben können. (Stichwort: Höfesterben) Der ländliche Raum verarmt. Mindestlohn zu verdienen, wäre für viele Landwirte ein Traum. Täglich stellen etwa drei Viehbetriebe, insbesondere Schweinemäster ihre Tätigkeit ein.

Bei der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln setzt auch die neue Regierung verstärkt auf Importe von Lebensmitteln. Die heimische Landwirtschaft kann den Kostensteigerungen nicht mehr durch entsprechende Erlöse begegnen. Sie wird im Ergebnis den Interessen von vor- und nachgelagerter Industrie geopfert. Die Versprechen, dem durch Bürokratieabbau und andere Maßnahmen entgegenzuwirken, sind leider in aller Regel nur Lippenbekenntnisse. Das mag für Sie verbittert und negativ klingen, die Aussage basiert aber auf langer Erfahrung und kann von uns – falls gewünscht – mit einer langen Reihe von Beispielen belegt werden.

Das Landwirtschaftsgesetz von 1955, welches sich die Bundesrepublik und ihr Parlament damals in weiser Vorausschau selbst gegeben hat, wird nicht gelebt. Das Gesetz, das zuletzt am 31.08.2015 geändert wurde, verfolgt das unbedingt notwendige Ziel, der heimischen Landwirtschaft Teilhabe an der fortschreitenden Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft zu ermöglichen, ohne abgehängt zu werden und der Bevölkerung die bestmögliche Versorgung mit Ernährungsgütern zu sichern.

Als weiteres Ziel ist formuliert, die soziale Lage der in der Landwirtschaft tätigen Menschen an die vergleichbaren Berufsgruppen anzugleichen. Es handelt sich um ein Bundesgesetz. Wie kann es sein, dass es nicht beachtet wird? Auch wenn in den letzten Regierungen offensichtlich dieses Gesetz keine Beachtung fand, besteht aus Sicht der FREIEN BAUERN doch fraglos eine Verpflichtung der Regierenden auch ein solches Gesetz nicht nur wahrzunehmen, sondern auch umzusetzen.

Die vielen Bauern und Bäuerinnen, die sich ungeachtet von Arbeitszeiten um Vieh und Acker kümmern, verdienen es und sind dringend darauf angewiesen, dass diese bindenden Ziele beachtet und vor allem bei der Gesetzgebung berücksichtigt werden. Genau das Gegenteil ist aber der Fall. Unter den letzten Regierungen ist das Einkommen der Landwirte weiter gesunken und damit leider nicht ansatzweise in gleichem Umfang gestiegen wie in der restlichen Volkswirtschaft. An eine Ertragssteigerung ist nicht zu denken und an einen Inflationsausgleich schon gar nicht.

Außerdem sind viele Betriebe dem sog. „Strukturwandel“ zum Opfer gefallen. Immer mehr Billigimporte drängen auf die Märkte. Während die Nahrungsmittelproduktion im Inland immer stärker kontrolliert und reglementiert wird – was wir im Sinne einer Erzeugung gesunder, regionaler Lebensmittel gar nicht für grundsätzlich falsch halten – gelten all diese Regeln und Verordnungen nicht für Importware. Die Drittländer, die zum Teil unter dem Schirm von Freihandelsabkommen ihre Waren nach Europa bringen, achten weit weniger auf Tierwohl, Schadstoffbelastungen, Nachhaltigkeit oder Genforschungsbegrenzung als es die EU tut. Deshalb können Sie billiger erzeugen als wir. Auf der Ladentheke konkurrieren die Produkte dann mit unseren. Der Verbraucher, für den diese Unterschiede nicht erkennbar sind, kauft dann oft das billigere Produkt. Weitere Freihandelsabkommen sind geplant.

In keinem anderen Land der Welt haben die Bauern so viele Nebenkosten wie z. B. Grundsteuern, Pflichtversicherungen und Auflagen zu erfüllen wie die deutschen Bauern. All das führt zu einer Wettbewerbsverzerrung, die die Betriebe nicht auffangen können. Während es der Politik gelingt Posten zu schaffen, weitere Belastungen zu gestalten und Bürokraten zu befriedigen, gelingt es nicht, Entlastungen zu schaffen. Bitte entschuldigen Sie diese Vereinfachung, aber der Frust unserer Mitglieder darüber ist groß.

Dies als fehlende Fairness zulasten der Landwirtschaft zu bezeichnen, wäre eine Untertreibung. Jeder kennt die Kostensteigerungen der jüngsten Zeit, denen begegnet wird mit höheren Forderungen, Löhnen, Diäten usw. Nur die Landwirtschaft erhält keine Entlastung, sondern härtere Konkurrenz durch Importe. Mit den Zielen des Landwirtschaftsgesetzes ist das unvereinbar. Der Gesetzgeber und die Regierungen haben dessen Ziele trotz gesetzlicher Verpflichtung missachtet.

Die Landwirtschaft hat beispielsweise zurzeit einen Tagespreis für W-Weizen (Brotweizen) von 16,50 €/100 kg. Der Preis lag in den 80er Jahren bis zu 50,00 DM/100 kg. Beim Dünger ist es genau umgekehrt. Das spricht für sich.

Deshalb haben wir Fragen:

1. Wie will die neue Regierung das Landwirtschaftsgesetz umsetzen, um auch den Berufsstand der Landwirtschaft in die allgemeine Volkswirtschaftsentwicklung zu integrieren?
2. Was will die Regierung unternehmen, um die Versorgung unserer Bevölkerung mit Nahrungsmitteln in Deutschland zu stärken und krisensicher zu gestalten?
3. Was will die Regierung tun, um berufsständige Vertretungen angemessen an den Entscheidungsprozess zu beteiligen und Gehör zu schenken?
4. Was will die Regierung tun, gegen die weitere Bildung von Konzentrationsprozessen bis hin zu Monopolbildungen, die den Mittelstand ausrotten?

Wir erkennen durchaus auch positive Ansätze in der Regierungsarbeit, wie z. B. bei der Dieselmückvergütung. Diese reichen aber nicht ansatzweise aus. Auch vermissen wir oft die letzte Konsequenz, zum Beispiel hin zum eingefärbten Agrardiesel, wie es ihn in anderen EU-Ländern gibt. Auch der damit verbundene Bürokratieabbau wird nicht vollzogen. Die öffentliche Positionierung und Bekenntnisse zur Landwirtschaft klingen positiv und sind auch sicher so gemeint. Lassen Sie es dabei aber nicht bewenden.

Als FREIER BAUER sage ich: Es gibt nicht nur eine Verpflichtung der Bauern gesetzeskonform zu arbeiten. Es gibt auch eine Verpflichtung des Gesetzgebers und der Regierung, mit gutem Beispiel voranzugehen!

Wir sind jederzeit gesprächsbereit. Themen wie Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft, Daseinsvorsorge und Entwicklungsperspektiven für unsere Volkswirtschaft sind uns ein Anliegen und wir verfügen über eine Expertise, die über Generationen gewachsen ist und ihresgleichen sucht.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung.

Mit freundlichen Grüßen



Alfons Josef Wolff

Bundessprecher der FREIEN BAUERN Deutschland